



Wahrheit oder Lüge? – Weglassen von Fakten?



Einkleidung

Auskleidung

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer in den vergangenen Wochen die Medienberichte zur Begrüßung der POKA-Student/innen oder der Vereidigungen beachtet hat, könnte den Eindruck gewinnen, dass es gut

um den polizeilichen Nachwuchs und die personelle Stärkung der Polizei bestellt ist. Dabei erinnert das „Politik-Pressespiel“ mehr an geschichtliche Erzählungen, in denen man die Truppen mehrfach an den Schaulustigen vorbeiführte, um den Eindruck zu erwecken, als wären es ganze Legionen.

■ „Diese politische Agitation verschleiert die wahre Situation“

Zumindest die Studienanfänger/innen wurden bereits einmal vereidigt. Und sollte diese Vereidigung bereits durch den Innenminister erfolgt sein, besteht durchaus die Möglichkeit, dass sie ihre Dienstmützen bereits zu Beginn ihrer Ausbildung für die Bilder des Ministers in die Höhe warfen, so wie dies in den USA beim Abschluss eines Studiums oder einer Diplomierungsfeier geschieht. Vielleicht auch gut so, denn ein beachtlicher Teil erlebt den erfolgreichen Abschluss nicht. Die jetzt an der Hochschule der Polizei begrüßten 600 Polizeistudent/innen waren vor einem Jahr zu Beginn der Ausbildung noch 672. Mehr als zehn Prozent sind schon ausgestiegen.

■ Die Wahrheit ist: unbesetzte Ausbildungsplätze – weniger Absolventen – hohe Abbrecherquoten – weniger Vollzugsäquivalente – mehr Kündigungen!

Die Personalprobleme werden größer. Die Einstellungsoffensive steht vor dem Scheitern. Es ist nicht wichtig, wie viele Tausende eingestellt wurden, sondern wie viele in der Polizei ankommen und bleiben.

Erstmals in der Polizei können die Ausbildungsplätze 2023 nicht besetzt werden; über zehn Prozent der Stellen bleiben frei. 152 Ausbildungsplätze konnten nicht besetzt werden, davon 131 Ausbildungsplätze für den gehobenen und 21 im mittleren Polizeivollzugsdienst.

Die Zahl derjenigen, die die Ausbildung nicht beenden, liegt bei fast 30 Prozent. So blieben von den ursprünglich 330 im mittleren Polizeivollzugsdienst eingestellten Ausbildungsbeamten nur 230 im September übrig.

Was wir brauchen:

- > Qualität durch Einstellungstests und weniger durch Schulabschlussnoten
- > Einführung von Winter- und Sommersemester wie in anderen Ländern
- > Verbesserung der Unterbringungsstandards in den Ausbildungsstätten
- > Qualitätsoffensive in der Aus- und Fortbildung
- > Anpassung der Ausbildung wie von der AG Evaluation Ausbildung mD favorisiert.
- > Erhöhung der Ausbildungsvergütung

■ Mehr Personal „brutto“ – weniger Personal „netto“ als Haushaltssoll

Seit Jahren steigt die Zahl der Teilzeitkräfte in der Polizei, aber auch Krankheit, Elternzeit, Freistellungen für die Pflege oder zur Betreuung von Kindern reduzieren das sogenannte Vollzugsäquivalent. Die personellen Kapazitäten sind geringer als das Haushaltssoll. Das Delta der polizeilichen Arbeitszeitleistung wird immer größer.

■ „Wir kommen nicht aus der Talsohle“

Die Personalstärken aller Polizeipräsidien werden bei den Versetzungsterminen ausgeglichen. Dauerhaft fehlen zwischen 1 400 bis 2 000 Arbeitszeitequivalente. Übersetzt bedeutet das, dass circa 800 Streifenwagenbesatzungen fehlen.

Was wir brauchen:

- > mindestens 3 000 Stellen und mindestens 3 000 Beschäftigte mehr, damit wir deutlich mehr Arbeitszeitequivalente erhalten, als das heutige geplante Soll.

■ „Für viele ist die Polizei nicht alternativlos“

Immer mehr ausgebildete Kolleginnen und Kollegen kündigen. Während früher die Kolleginnen und Kollegen nur androhten, bei Zwangsversetzungen zu kündigen, tun sie es heute. Manche Hochschulabsolventen hält nur die Rückzahlungsverpflichtung von circa 800 Euro/Monat davon ab.

Inhalt

- 2 Kreisverband PP Einsatz Bruchsal im Dialog mit MdL Uli Hockenberger
- 2 Im Gespräch mit MdL Hans Dieter Scheerer (FDP)
- 3 Personalvertretungen: DPoIG-Personalräte aktiv
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 Jahreshauptversammlung Kreisverband Göppingen
- 6 Mitgliederversammlung der DPoIG Mannheim
- 7 Jahreshauptversammlung Böblingen/Leonberg
- 8 Erstes Fußballturnier beim IBA Herrenberg ein voller Erfolg
- 8 Umgang mit Widersprüchen zur amtsangemessenen Alimentation – Ablehnungsbescheide und Nachzahlungen für Jahre vor 2020

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolig-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolig-bw.de
E-Mail: info@dpolig-bw.de
ISSN 0723-1830



Was wir brauchen:

> ein aktives Personalmanagement. Weniger Zwangsversetzungen, keine Mindestverwendungszeiten, (finanzielle) Anreize dort, wo Personalmangel besteht.

„Wir haben ein politisch verursachtes Imageproblem“

Bei der Besetzung der 1188 Ausbildungsstellen konnte man auf circa 4400 Bewerbungen zurückgreifen, das heißt circa 3,7 Bewerber auf eine Stelle. In

Bayern konnte man bei 1600 Ausbildungsstellen auf 9300 Bewerbungen zurückgreifen – die Quote liegt dort bei 5,8 Bewerbern. Liegt das an dem schlechten Image der Polizei, das unter anderem durch die Politik verursacht wurde?

Es wird allerhöchste Zeit, dass nicht nur schöne Bilder und Politikphrasen produziert werden. Das löst keine Probleme und schafft keine leistungs- und zukunftsfähige Polizei.

Ihr/euer Ralf Kusterer

Kreisverband PP Einsatz Bruchsal im Dialog mit MdL Uli Hockenberger

Der neue Vorstand des Kreisverbandes (KV) PP Einsatz Bruchsal führt seine Tradition fort und traf sich mit dem CDU-Wahlkreisabgeordneten, MdL Uli Hockenberger, dem amtierenden Vorsitzenden des Innenausschusses im Landtag.

Mehrfach gelang es in der Vergangenheit bei den Gesprächen mit dem CDU-Wahlkreisabgeordneten, darunter Innenminister a. D. Heribert Rech, den Fortbestand der Polizeischule zu sichern. Ohne das

Engagement der DPoIG würde es am Standort Bruchsal heute keine Polizeischule geben!

Bei einem gemeinsamen Arbeitsessen in Forst standen jetzt polizeiliche Themen auf der Tagesordnung. Der amtierende Kreisvorsitzende Rolf Schlindwein hatte dazu seine Vorgänger Ingo Tecquert und André Schmitteckert eingeladen, die vor mehr als 20 Jahren erstmals diese Gespräche initiierten. Im Mittelpunkt des aktuellen Gespräches stand die Einführung



> Oliver Spath, Patrizia Jörg, André Schmitteckert, MdL Uli Hockenberger, Ingo Tecquert, Rolf Schlindwein, Philipp Hund (von links)

einer Erschwerungszulage für steinernde Einheiten, die „Kennzeichnungspflicht“, eine Optimierung

der Ausstattung und die unzureichende Stellensituation im Bereich der Polizeischule.

Im Gespräch mit MdL Hans Dieter Scheerer (FDP)

Nachdem MdL Hans Dieter Scheerer (FDP) an der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Böblingen/Leonberg verhindert war, trafen sich – auf dessen Einladung am 9. Oktober 2023 der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer sowie der Bezirksvorsitzende Ludwigsburg und der Kreisvorsitzende Böblingen/Leonberg, Thilo Marien, zu einem intensiven Informationsaustausch.

MdL Scheerer gehört im Landtag dem herausgehobenen Ständigen Ausschuss an. Als Rechtsanwalt und migrationspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion ist er sehr nah dran an der Polizei. Der Dank für die herausfordernden Aufgaben an die Polizeibeschäftigten lag ihm am Herzen. Er unterstützt die Forderungen für eine bessere Bezahlung und klare Signale bei den Tarifver-

handlungen der DPoIG. Eine Zusammenarbeit mit den DPoIG-Vertretern vor Ort ist ihm wichtig, auch deshalb

steht er in einem guten und engen Austausch mit Thilo Marien, den er gerne auch beibehalten wird.



> Ralf Kusterer, MdL Hans Dieter Scheerer, Thilo Marien (von links)

> Erster „Thementag Tarif“ beim Polizeipräsidium Ravensburg

Am 12. Juni 2023 fand beim PP Ravensburg der erste „Thementag Tarif“ statt. Mehr als die Hälfte der Tarifbeschäftigten folgten der Einladung. Nach der Vorstellungsrunde der Interessenvertretungen folgten Informationen des Referats Personal und der BGM-Beauftragten.

Mit sogenannten Themeninseln wurde der Informations- und Handlungsbedarf ermittelt. In Folgeveranstaltungen sollen diese Themenschwerpunkte aufgearbeitet werden, auch mit externen Referenten.

Sabine Schmid, Tarifsprecherin im ÖPR Ravensburg, zeigt sich zufrieden mit dem „ersten Aufschlag“ und bedankt sich bei ihrer DPoIG für die Unterstützung dieser Veranstaltung für die Tarifbeschäftigten.





#Ehrenamt sichtbar

Personalvertretungen

DPoIG-Personalräte aktiv

Die Mitglieder des Personalrats führen ihr Amt unentgeltlich als öffentliches Ehrenamt aus. Nicht immer wird im täglichen Dienst deutlich, dass das Engagement im Personalrat zusätzlich zum regulären Dienst erfolgt. Die meisten Personalratsmitglieder werden nur für die Sitzungsteilnahme freigestellt. Die Vorbereitungen, und dazu gehört auch die rechtliche Auseinandersetzung mit allen Themen im Personalrat, muss zusätzlich erfolgen. Sichtbar wird die Mitarbeit oft nur bei Personalversammlungen oder bei der Berichterstattung im Intranet.

Sitzung des Hauptpersonalrats der Polizei beim PP Reutlingen am 27. September 2023 in Esslingen



> Dirk Preis (stellvertretender HPR-Vorsitzender), Polizeipräsident Udo Vogel (RT), Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender), Oliver Auras (HPR, ÖPR-Vorsitzender PP RT) (von links)

© DPoIG BW



© DPoIG BW

> Edmund Schuler (Vorstand HPR), Polizeipräsident Weber (Ulm), Peter Vietz (HPR, ÖPR-Vorsitzender PP Ulm), Polizeivizepräsident Veser (Ulm), Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender) (von links)

Personalversammlung PP Ulm am 4. und 5. Oktober 2023 in der Donauhalle in Ulm

Personalversammlung PP Ludwigsburg am 28. September 2023 und am 10. Oktober 2023 in der Stadthalle Leonberg



> Dirk Preis (stellvertretender HPR-Vorsitzender), Polizeivizepräsident Lüdecke (LB), Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender), Polizeipräsident Wild (LB), Thilo Marien (DPoIG-Bezirks- und -Kreisvorsitzender), Silke Kübler (Leiterin Kripo LB) (von links)

© DPoIG BW



© DPoIG BW

> Rolf Schindwein (stellvertretender ÖPR-Vorsitzender PP Einsatz), Polizeivizepräsident Sorg (PP Einsatz), Jürgen Engel (HPR, ÖPR-Vorsitzender PP Einsatz), Polizeipräsident Saile (PP Einsatz), Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender), Dirk Preis (stellvertretender HPR-Vorsitzender) (von links)

Personalversammlung PP Einsatz am 20. September 2023 in Göppingen, 12. Oktober 2023 in Forst und am 24. Oktober 2023 in Hünfingen



Daran arbeiten wir

Auch in dieser Ausgabe berichten wir in dieser Rubrik über einzelne Themen, an denen wir (auch) aktuell arbeiten. Auch wenn diese Themen in der Öffentlichkeit nicht immer die Aufmerksamkeit erhalten, die sie eigentlich verdient hätten.



Samira Moccia,
Bezirksfrauenbeauftragte
Pforzheim

Vorsorgekuren bei Teilzeit

Baden-Württemberg gehört zu den wenigen Bundesländern, die für Polizeibeamte und -beamtinnen in operativen Bereichen Vorsorgekuren ermöglichen. Polizeibeamte im Wechselschichtdienst (ab 40 Jahren), bei der Hubschrauberstaffel (ab 35 Jahren) und beim Stammpersonal des PP Einsatz (ab 45 Jahren) kann unter bestimmten Bedingungen ein Heilverfahren zum Erhalt der Gesundheit (Vorsorge-Heilverfahren) in Anspruch genommen werden. Wie, das regelt § 14 Abs. 5 der Heilfürsorgeverordnung (HVO).

Die Wiederholung eines Vorsorgeheilverfahrens kann frühestens nach Ablauf von drei Jahren genehmigt werden. Die Frist beginnt erst nach Beendigung des Heilverfahrens wieder zu laufen.

Das Ärgernis: Beamte und Beamtinnen, die nicht mindestens zwei Jahre lang in vollem Umfang durchgehenden Wechselschichtdienst geleistet haben, können dies nicht in Anspruch nehmen. Damit werden Teilzeitbeschäftigte benachteiligt. Und dies, obwohl einige Kolleginnen und Kollegen vermehrt zu Nachtzeiten und an Wochenenden arbeiten, um zum Beispiel die Betreuung der Kinder zu gewährleisten. Auch wenn man das eher als familienschädlich bezeichnen könnte. Das muss sich endlich ändern!



Heiner Thierjung,
Vorsitzender Präsidialverband
LKA

Vermögensabschöpfung

Seit 1992 ist gesetzlich festgelegt, dass der Staat nicht nur den Gewinn aus Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, sondern den gesamten Verkaufserlös abschöpfen kann. Die DPoIG setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung ausgeweitet werden.

Ab einem Schwellenwert von 2 Millionen Euro fließt ein Anteil der vereinnahmten Gelder bis zu einer Höchstgrenze von 11,4 Millionen Euro in den Haushalt der Polizei. Weitere Zuwendungen erhält die Justiz des Landes, um damit Stellen im Bereich der Vermögensabschöpfung zu finanzieren. Die Restsumme fließt in den Staatshaushalt. Bemängelt wird von der DPoIG gerade diese gedeckelte Abschöpfung.

2017 und 2018 betragen die Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung nur zwischen 4 und 5 Millionen Euro. Im Jahr 2021 hat Baden-Württemberg knapp 79 Millionen Euro durch die sogenannte Vermögensabschöpfung eingezogen. Im Jahr 2020 waren es noch rund 25 Millionen Euro. 2019 aber hatte das Land knapp 1,5 Milliarden Euro eingenommen – auch durch einen Sondereffekt bei den Gewinnabschöpfungen infolge der Dieselverfahren. Im Jahr 2019 kamen über 10 Millionen in den Polizeihaushalt und man konnte wichtige Investitionen im LKA (6,5 Millionen) anschieben.

Nach wie vor steht dieses Thema auf unserer Agenda. Auch deshalb, weil gerade wie jetzt, in Zeiten, in denen die Finanzausstattung durch die Politik mangelhaft ist, weitere Spielräume gewonnen werden können.



Klaus Heidemann,
Bezirksvorsitzender
Karlsruhe

Fünf-Stunden-Regel

Das ist doch ein Relikt aus alten Zeiten? Im Grunde stammt diese Fünf-Stunden-Regel aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Diese verpflichten Beamte, sich mit vollem persönlichem Einsatz ihrem Beruf zu widmen. Dazu gehört auch die Pflicht, ohne Entschädigung Mehrarbeit zu leisten, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse es erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt.

Allerdings hat sich auch hier die Welt gedreht. Denn unabhängig, welche Form der Mehrarbeit besteht, kommt kein Bereich mehr ohne zusätzliche Arbeits(zeit)leistung in der Polizei und im öffentlichen Dienst aus.

Auch hier scheint eine Unterscheidung der verschiedenen Arten von Arbeitszeiten guten Lösungen im Wege zu stehen und es schreit förmlich nach einer „Ein-Konten-Regelung“, bei der nicht mehr zwischen Ergänzungsdiensten, Mehrarbeit oder Gleitzeit unterschieden wird. Tatsache ist, dass in der Praxis kaum beachtet wird, dass ein wesentliches Merkmal dieser Beamtenpflicht ist, dass diese nur in Ausnahmefällen

erfolgt. Vielmehr orientiert man sich an den gesetzlichen Regelungen.

Gemäß § 65 (4) Landesbesoldungsgesetz (LBesG) wird Mehrarbeit nicht vergütet, sofern sie fünf Stunden im Kalendermonat nicht übersteigt. Bei Teilzeitbeschäftigung vermindert sich diese Grenze entsprechend der Verringerung der Arbeitszeit. Nach Ziff. 65.4.1 der VwV des Finanzministeriums zum LBesG liegt abgeltbare Mehrarbeit nur vor, wenn die für den Kalendermonat ermittelten und gerundeten Mehrarbeitsstunden fünf Stunden übersteigen. Mehrarbeitsstunden aus mehreren Kalendermonaten dürfen nicht zum Zweck der Errechnung der Mindeststundenzahl zusammengerechnet werden. Nach § 4 Abs. 1 der ErschwerniszulagenVO erhält man nur eine Zulage, wenn sie mit mehr als fünf Stunden im Kalendermonat zum Dienst zu ungünstigen Zeiten herangezogen werden; bei Teilzeitbeschäftigung werden diese Dienststunden im gleichen Umfang wie die Arbeitszeit reduziert.

Nicht selten führt diese Regelung besonders im Tagesdienst zu negativen Auswirkungen, insbesondere wenn am letzten Montag solche Mehrarbeit geleistet wird.

Die digitale Erfassung der Arbeitszeit und der kaum noch bestehende Aufwand zur Gewährung der Mehrarbeit oder der Zulagen ermöglichen eine Berücksichtigung ab der ersten Stunde. Auch vor dem Hintergrund dessen, was unsere Kolleginnen und Kollegen täglich leisten, mit welchen Herausforderungen man kämpft und der Tatsache, dass die reguläre Arbeitszeit nicht ausreicht, muss diese Regelung geändert werden!



Britta Luchner,
Tarifbeauftragte
HfPol

Befristete Arbeitsverträge

Ein Schwerpunkt des Problemkreises „befristete Arbeitsverträge“ besteht sicherlich an der Hochschule der Polizei. Dabei ist das Problem insgesamt symptomatisch für alle befristeten Arbeitsverträge in der Polizei.

Mit der Reaktivierung des Bildungsstandortes Wertheim und der Neuaufstellung in Herrenberg wurden zahlreiche Tarifstellen benötigt, um den Bildungsbetrieb sicherzustellen. Dazu griff die Politik auf Neustellen für Einsatz-/Ermittlungsassistenten in den Entgeltgruppen EG 8 und EG 9 zurück. Man errechnete den finanziellen Umfang und brachte an der Hochschule für Polizei befristete Stellen, unter anderem in den Entgeltgruppen EG 3 bis EG 5, aus.

Aktuell sprechen wir über 153 befristete Arbeitsverträge an der Hochschule für Polizei, davon sind 125 Arbeitsverträge mit dem

Befristungsgrund „Befristung auf Wunsch des Arbeitgebers mit Sachgrund (§ 14 Abs. 1 Nr. 1 TzBfG) – vorübergehender betrieblicher Bedarf“ versehen. Dabei sind es 100 Stellen in EG 3 bis EG 8 mit den entsprechenden Befristungen.

Jedem Interessierten wird bei einem Blick auf die Vergütungstabellen gleich klar, dass es sich dabei um die Leichtlohngruppen handelt. Und jeder, der die Augen nicht vor der Realität verschließt, weiß, dass man mit einem solchen befristeten Arbeitsvertrag kaum einen Kredit bekommt oder Chancen beim Versuch, eine neue Wohnung zu mieten/kaufen, hat.

Und genauso dürfte jedem klar sein, dass wir über Beschäftigte reden, die auch zukünftig benötigt werden. Ohne Tarifbeschäftigte keine Aus- und Fortbildung.

Sicherlich Seite an Seite mit der Hochschulleitung um Polizeivizepräsident Jürgen von Massenbach-Bardt und seinen IAUT-Führungskräften kämpfen wir seit Jahren für eine Entfristung. Im neusten DPoIG-Aufschlag liegt das Thema jetzt beim Fraktionsvorsitzenden der CDU, Manuel Hagel, der seine Unterstützung zugesagt hat.

Jahreshauptversammlung Kreisverband Göppingen

Am 12. Oktober 2023 fand im Clubhaus des 1. FC Eislingen die diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Zahlreiche Mitglieder waren erschienen und konnten bei bester Bewirtung einen netten Abend in angenehmer Runde genießen. Kreisvorsitzender Lars Droste freute sich darüber, dass er nach längerer Krankheit die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen konnte. In seinem Geschäftsbericht konnte er auf eine positive Mitgliederentwicklung zurückblicken. Kreisgeschäftsführer Günther Zerbe nutzte dabei die Gelegenheit, um sich im Namen des Kreisverbandes bei der Landesleitung und der Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert mit ihrem Team zu bedanken.

Der Kreisverband ist gut aufgestellt und auch im Personalrat



Lars Droste (2. von links) und Günther Zerbe (Mitte) mit Gästen

beim PP Ulm kann man sich für die Interessen der „Göppinger“ einsetzen. Auch wenn die Herauslösung aus der ehemaligen Landespolizeidirektion Stuttgart immer noch einigen Wehmut erzeugt.

Nach dem Kassenbericht durch Max Huber und dem Bericht des Kassenprüfers Ralf Hokenmaier konnte der gesamte Vorstand entlastet werden. Dies erfolgte einstimmig.

Wie in den vergangenen Jahren nahmen der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und sein Stellvertreter mit Heimvorteil, Oliver Auras, an der Veranstaltung teil.

Aus Ulm war der Bezirksvorsitzende Peter Vietz gekommen und die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert stand gerne für juristische Erläuterungen zur Verfügung.

Lars Droste freute sich darüber, dass sich mit Manfred Malchow, Udo Müller und Ralf Hokenmaier drei ehemalige Kreisvorsitzende die Zeit für ihre DPoIG genommen hatten. Alle drei hatten die Entwicklung des Kreisverbandes stark beeinflusst und sich teilweise auch als Vorsitzende des örtlichen Personalrats um die Mitglieder, aber auch um die Polizei in Göppingen verdient gemacht.

Im Anschluss an die Rede des Landesvorsitzenden fand eine rege Diskussion statt.

Dabei war es mal wieder bezeichnend, wie viele aktuelle Probleme auch schon vor 20 und 30 Jahren bestanden haben und wie sich demgegenüber die Belastung fast zur Unerträglichkeit negativ entwickelt hat.

Mitgliederversammlung der DPoIG Mannheim

Am Dienstag, dem 18. Juli 2023, konnte der Kreisvorsitzende Frank Raisig zahlreiche Mitglieder und Gäste im IPA-Heim Sandhofen zur Jahreshauptversammlung begrüßen.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden und der Genehmigung der Tagesordnung folgte der Geschäftsbericht von Frank Raisig, in dem er auf die positive Mitgliederentwicklung und Verbandsentwicklung hingewiesen hat. Es war sein erster Geschäftsbericht nach seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden und alle Anwesenden konnten förmlich spüren, dass er sich gut eingearbeitet und, wie man so schön sagt, volle Fahrt aufgenommen hat. In seinem Bericht streifte er auch die Rechtschutzfälle, deren Zahlen auch in Mannheim weiter ansteigen.



Ehrungen: Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden Joachim Helmholdt, Marc Schlicksupp, sowie Christa Steinbrecher und für 40-jährige Mitgliedschaft Aivars Eiduks, Jutta Greulich, sowie Michael Thieme geehrt.

Danach stand die Nachwahl des Kreisschatzmeisters auf der Tagesordnung. Zur Wahl stand Waldemar Strauch vom PR Neckarau, der im Spätjahr 2022 kommissarisch die Führung der Kreisgeschäfte zur vollsten Zufriedenheit übernommen hatte. Dabei war schon deshalb die Wahl wohl reine Formsache –

er wurde einstimmig gewählt. Im Anschluss an die Wahlen konnte er den Kassenbericht vortragen, der mit einem dicken Plus abgeschlossen hatte.

Da am Vormittag der Minister überraschend einen Fünf-Punkte-Plan verkündet hatte, nachdem die FDP am Folgetag einen

Antrag in den Landtag einbrachte, in dem man ihm Arbeitsverweigerung vorwarf, stand auch die Jahreshauptversammlung ganz unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen. Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer war gleich von mehreren Medien angefragt und wechselte quasi von den Interviews und Statements direkt in seinen Bericht zur Lage. Dabei ließ Kusterer keinen Zweifel daran, dass man es als Affront gegen die Polizeiführung des Landes und den Hauptpersonalrat bewerten müsse, wenn er und die Präsidenten solche Ministerentscheidungen aus den Medien erfahren. Dabei sind die Herausforderungen groß und der politische Imageschaden überschattet die Polizei. Es fehlt an allen Ecken und Enden Personal, die Liegenschaften sind teilwei-



se marode, die Kassen der Polizeipräsidien leer und die polizeilichen Aufgaben steigen und steigen. Gut, so Kusterer, dass die DPoLG super aufgestellt ist, tolle, aktive Kreisverbände hat und auch landesweit neuste Höchststände zu verzeichnen sind.

Der Kreisgeschäftsführer Kurt Sandrisser ergänzte seinerseits den Geschäftsbericht des Vorsitzenden und erläuterte viele Hintergründe, die zum besseren Verständnis beitragen.

Der Kreisvorsitzende Frank Raisig freute sich darüber,

am Ende der Veranstaltung, kurz vor einem schmackhaften Abendessen, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden 17 Ehrungen für 25-jährige sowie zehn Ehrungen für 40-jährige Mitgliedschaft vornehmen zu können.

Der Abend klang gemütlich aus und die Mitglieder nutzen die Gelegenheit zum Austausch mit dem ebenfalls angereisten Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, sowie der Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert. ■

Jahreshauptversammlung Böblingen/Leonberg

Am 20. Juli 2023 fand im Schulungsraum der Kriminalpolizeidirektion Böblingen die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Böblingen/Leonberg statt. Vom Landesverband nahmen der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert, der Stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras und das Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, teil.

Besonders erfreulich war die Teilnahme von MdL Peter Seimer (Wahlkreis Leonberg-Herrenberg) von Bündnis 90/Die Grünen, der sicherlich einen schweren Stand in dieser Veranstaltung hatte, da die Anwesenden nach dessen Grußwort nicht mit den Hinweisen zur aktuellen Situation in der Polizei und der Frustration (auch

Kreisvorsitzender	Thilo Marien
1. Stellvertreter	Tobias Dürr
2. Stellvertreter	Alper Keskin
Geschäftsführer	Christoph Korherr
Schatzmeister	Uwe Ilsemann
Kassenprüfer	Markus Reinäcker
JUNGE POLIZEI	Rahel Haase
Frauenvertreterin	Julia Stierle
Tarifbeauftragte	Constanze Alber

über den Innenminister) sparten. Die zahlreichen Redebeiträge machten deutlich, wie schlecht es an vielen Stellen um die Polizei bestellt ist, wobei soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Beschäftigten nicht im Vordergrund standen, sondern die praktische Arbeit. Kleine Ausnahme – die Situation der Tarifbeschäftigten. Auch da gab es klare Botschaften.

Die Veranstaltung selbst war professionell organisiert und es fehlte weder an kalten Getränken noch an Speisen. Geplant hatte Thilo Marien durch die Sitzung geführt und seinen Geschäftsbericht präsentiert. Gleiches galt für die Darstellung der Finanzen durch den Kassenprüfer Markus Reinäcker. Nach erfolgter Entlastung übernahm Dirk Preis die Wahlleitung und beglück-



> Peter Seimer

wünschte die einstimmig gewählte Vorstandschaft.

In Anwesenheit des Abgeordneten berichtete der Landesvorsitzende über aktuelle berufspolitische Themen. Auch sein Ritt durch die Problemzonen der Polizei war deutlich und unmissverständlich, aber natürlich wie immer von hoher Sachkunde geprägt. ■



> Durch Thilo Marien und Ralf Kusterer wurden für 25-Jahre Mitgliedschaft Frank Bollinger, Alexander Gehrig, Uwe Ilsemann und Marcel Mohring geehrt, für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Thilo Marien und Peter Swoboda geehrt.



Erstes Fußballturnier beim IBA Herrenberg ein voller Erfolg

© DPoIG BW (3)



Am Donnerstag, 3. August 2023, wurde das Stadion in Nufringen zum Schauplatz von 25 spannenden Fußballspielen auf zwei Kleinfeldern. Zehn Mannschaften lieferten sich spannende Duelle, um den von KD Martin Rathgeb, Leiter IBA Herrenberg, gespendeten Wanderpokal.

Das von POK Bernhart, KOK Bozdogan und POK Hilger hervorragend organisierte Turnier wurde in einem spannenden Endspiel zwischen der Klasse HBG23F-1 und einem gemischten Team der Abschlussklassen (ASK) von der HBG23F-1 mit 2:1 gewonnen.

Unterstützt wurde das Turnier vom DPoIG-Kreisverband Herrenberg mit Geldpreisen und der Übernahme von Getränken. Vor einer mit über 150 Zuschauern besetzten Tribüne waren sich alle einig: „Das Turnier muss eine Dauereinrichtung werden!“



Umgang mit Widersprüchen zur amtsangemessenen Alimentation – Ablehnungsbescheide und Nachzahlungen für die Jahre vor 2020

Im Mai hat das Landesamt für Besoldung und Versorgung begonnen, die Nachzahlungen für die Zeit vor 2020 umzusetzen und dabei die Anträge (Widersprüche) zu bescheiden, da nur diejenigen hier berücksichtigt werden, die solche eingelegt hatten, während ab 2020 alle Berechtigten von Amts wegen Nachzahlungen erhalten haben. Diese manuelle Prüfung und Verbescheidung erfolgt sukzessiv und wird sich voraussichtlich bis Anfang 2024 erstrecken.

Hinsichtlich ablehnender Bescheide für die Jahre vor 2020 ist zu beachten, dass Nachzahlungen lediglich erfolgen, so weit die entsprechenden Voraussetzungen nach dem BVAnp-ÄG 2022 (Art. 34 und 35) vorliegen. Nachzahlungen für das erste und zweite Kind sind nur für die Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 vorgesehen beziehungsweise nur für dritte und weitere Kinder. So weit jemand keine berücksichtigungsfähigen Kinder

hat beziehungsweise einer Besoldungsgruppe angehört, die keine Nachzahlungen erhält, erfolgen daher Ablehnungsbescheide. Da die Besoldung auf eine vierköpfige Beamtenfamilie ausgerichtet ist und der Mindestabstand von 15 Prozent über dem Grundsicherungsniveau entsprechend berechnet wird, dürfte es im Rahmen von Nachzahlungsregelungen wohl rechtmäßig sein, dass Beamtinnen und Beamte in einer höheren Besoldungsgruppe

keine Nachzahlungen erhalten. Gleiches gilt für die Fälle, in denen nicht rechtzeitig haushaltsnah die Ansprüche geltend gemacht wurden.

Aktuell unterstützen wir Klagen des Richterbundes, die die Überprüfung der amtsangemessenen Alimentation nach Einführung des 4-Säulen-Modells durch das BVAnp-ÄG 2022 ab 1. Dezember 2022 zum Gegenstand haben. Ob in diesem Zusammenhang auch die Jahre vor 2020 relevant werden könnten, ist derzeit nicht absehbar.